

Jan Ackermann

Wohlgeordnetes Agrarwettbewerbsrecht mit Blick auf Erzeugerorganisationen und unlautere Handelspraktiken



Nomos

Forum Umwelt-, Agrar- und Klimaschutzrecht

**Herausgegeben von
Prof. Dr. Ines Härtel**

Band 18

Jan Ackermann

**Wohlgeordnetes Agrarwettbewerbsrecht
mit Blick auf Erzeugerorganisationen und
unlautere Handelspraktiken**



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt (Oder), Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6795-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-0899-9 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2019/20 von der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis April 2020 berücksichtigt werden.

Mein Dank gilt an erster Stelle meiner Doktormutter, Frau Prof. Dr. Ines Härtel, für die engagierte persönliche und fachliche Betreuung bei der Anfertigung meiner Dissertationsschrift sowie für die Aufnahme in diese Schriftenreihe. Während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an ihrem Lehrstuhl hat sie den Fortgang meiner Arbeit stets gefördert und mir den dafür nötigen Freiraum eingeräumt. Danken möchte ich zudem Herrn Prof. Dr. Thomas Lübbig für die Übernahme sowie die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Lehrstuhlkollegen und -kolleginnen für die bereichernde und humorvolle Zusammenarbeit sowie die gemeinsame Zeit am Lehrstuhl von Frau Prof. Dr. Ines Härtel. Sie alle haben einen Beitrag zum Gelingen meiner Dissertation geleistet. Hervorzuheben sind Frau Dr. Christina Flaskühler, Frau Dr. Hanna Hollwitz, Frau Anne Mayer, Frau Elisa Aust, Frau Johanna Kissling, Frau Anne Deutloff, Frau Mareen Hahn, Frau Jasmin Matthes, Herr Clemens Wirbel, Herr Manuel Vögel, Herr Mathias Olbrisch sowie Herr Benedict Maximilio Kreitz.

Ganz besonderer Dank gilt schließlich meinen Eltern Bernd und Birgit Ackermann für ihre fortwährende Unterstützung während meiner gesamten Ausbildung und Promotionszeit. Ohne sie wäre das alles nicht möglich gewesen.

Frankfurt (Oder), 13. April 2020

Jan Ackermann

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Kapitel 1 - Grundlegung	21
A. Untersuchungsgegenstand	30
B. Das Leitbild des wohlgeordneten Rechts	30
I. Die Funktion von Leitbildern im Recht	30
II. Das Leitbild eines wohlgeordneten Rechts	33
1. Konzeption	33
2. Die Kriterien eines wohlgeordneten Rechts	36
a) Achtung der primär- und verfassungsrechtlichen Ziele, Werte und Rechtsprinzipien	36
b) Kohärenzgebot	37
c) Effektivität und Effizienz	39
d) Transparenz	43
e) Nachhaltigkeit	45
f) Das Verhältnis der einzelnen Kriterien zueinander	49
C. Erkenntnisleitende Fragestellung	51
D. Stand der rechtswissenschaftlichen Forschung	52
E. Gang der Untersuchung	55
Kapitel 2 - Erzeugerorganisationen	56
A. Rechtsbegriff und praktische Bedeutung	56
B. Historische Genese	62
I. Die Gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse von 1966	62
II. Entwicklung ab 1967	62
III. Eigenständige Marktorganisationen für einzelne Erzeugnisbereiche	67
IV. Die Einheitliche Gemeinsame Marktorganisation von 2007	68
V. Das EU-Milchpaket von 2012	70
VI. Die Gemeinsame Marktorganisation von 2013	71

Inhaltsverzeichnis

VII. Entwicklungstendenzen in Deutschland seit 1969	75
1. Das Marktstrukturgesetz	75
2. Das Agrarmarktstrukturgesetz und die Agrarmarktstrukturverordnung	77
VIII. Fazit	78
C. Rechtsrahmen	79
I. Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union	80
1. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik	80
2. Die Zwei-Säulen-Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik	83
3. Reformpolitische Diskussionen zur GAP nach 2020	86
II. Die Gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse	89
III. Gründung und Anerkennung einer Erzeugerorganisation	91
1. Unionsrechtliche Vorgaben	91
2. Nationale Umsetzung	95
a) Sektorübergreifende Regelungen	96
aa) AgrarMSG	96
bb) AgrarMSV	97
(1) Allgemeine Anerkennungsvoraussetzungen	98
(2) Besondere Anerkennungsvoraussetzungen für Erzeugerorganisationen	99
(3) Anerkennungsverfahren und Wegfall der Anerkennung	101
b) Spezielle Regelungen im Bereich Obst und Gemüse	105
IV. Verfassung und Mitgliedschaft in einer Erzeugerorganisation	106
1. Unionsrechtliche Vorgaben	106
2. Nationale Umsetzung	110
a) Sektorübergreifende Regelungen	110
b) Spezielle Regelungen im Bereich Obst und Gemüse	115
V. Förderung anerkannter Erzeugerorganisationen	116
1. Unionsrechtliche Vorgaben	116
a) Fördermöglichkeiten im Rahmen der 1. Säule der GAP	117
b) Fördermöglichkeiten im Rahmen der 2. Säule der GAP	120

2. Nationale Umsetzung	121
a) Förderung in den Bereichen Hopfen und Obst und Gemüse	121
b) Förderung im Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums	122
VI. Marktregulierung durch Erzeugerorganisationen	125
VII. Kartellrechtliche Privilegierungen anerkannter Erzeugerorganisationen	129
VIII. Erzeugerorganisationen als Kriseninstrument	129
IX. Vereinigungen von Erzeugerorganisationen	132
1. Unionsrechtliche Vorgaben	132
2. Nationale Umsetzung	133
X. Nationale Sonderregelungen im Bereich Holz und Tierzucht	135
1. Forstwirtschaft	135
2. Tierzucht	137
XI. Fazit	137
D. Das Verhältnis der Erzeugerorganisationen zum Kartellrecht	139
I. Grundsystematik des Agrarkartellrechts	141
1. Bezüge zum Unionsrecht	141
2. Bezüge zum deutschen Recht	146
II. Privilegierungen zugunsten anerkannter Erzeugerorganisationen durch die Gemeinsame Marktorganisation 2013	148
1. Der allgemeine Ausnahmetatbestand des Art. 209 Abs. 1 GMO-VO	151
a) Notwendigkeit der Verwirklichung der Ziele der GAP	152
b) Genossenschaftsprivileg	160
aa) Verhältnis zu Art. 209 Abs. 1 UAbs. 1 GMO-VO	161
bb) Adressaten des Genossenschaftsprivilegs	162
cc) Genossenschaften als Kartelle	164
dd) Privilegierte Verhaltensweisen	166
ee) Rückausnahmen	167
(1) Verbot der Preisbindung	168
(2) Gefährdung der Ziele der GAP	170
(3) Ausschluss des Wettbewerbs	171
2. Die Krisenermächtigung während schwerer Ungleichgewichte auf den Märkten	171

Inhaltsverzeichnis

3. Spezielle Ausnahmetatbestände zugunsten anerkannter Erzeugerorganisationen	175
a) Tätigkeitsbezogene Freistellung	175
b) Vertragsverhandlungen im Sektor Milch und Milcherzeugnisse	177
4. Das Endivienurteil des EuGH	178
a) Die Rechtssache Association des producteurs vendeurs d'endives	179
b) Rechtlicher Rahmen	180
c) Die Entscheidung des EuGH	181
d) Bewertung und Folgen für Erzeugerorganisationen	184
III. Fazit	188
Kapitel 3 - Unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelkette	190
A. Historische Genese der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette	192
I. Die Mitteilung der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2009	193
II. Die Einrichtung des hochrangigen Forums für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette	197
III. Die Gründung der Supply Chain Initiative	199
IV. Das Grünbuch der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2013	200
V. Die Mitteilung der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2014	201
VI. Die Mitteilung der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2016	203
VII. Der Bericht der Task Force Agrarmärkte	205
VIII. Die Schlussfolgerungen des Rates aus dem Jahre 2016	206
IX. Die Folgenabschätzung sowie der Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2018	208
1. Optionen zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken	208
2. Bewertung der Optionen durch die Europäische Kommission	213
3. Vorschlag und Erlass einer Richtlinie über unlautere Handelspraktiken	215

B. Terminologie	216
I. Der Begriff der unlauteren Handelspraktik	216
II. Der Angstfaktor	218
C. Bisherige Ansätze zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken	222
I. Sekundäres Unionsrecht	222
II. Gesellschaftliche Selbstregulierung durch die Supply Chain Initiative	224
1. Rechtliche Steuerung durch gesellschaftliche Selbstregulierung	224
a) Formen gesellschaftlicher Selbstregulierung	226
b) Selbstverpflichtung der Wirtschaft durch Verhaltenskodizes	227
2. Freiwillige Verhaltenssteuerung durch die Supply Chain Initiative	229
a) Entstehung	229
b) Struktur	230
c) Funktionsweise	233
aa) Verhältnis zu bestehenden Vorschriften und anderen freiwilligen Systemen gesellschaftlicher Selbstregulierung	233
bb) Verfahrensvorgaben für Mitglieder	234
cc) Die Grundsätze für vorbildliche Verfahren	235
dd) Der Durchsetzungsmechanismus der Supply Chain Initiative	236
(1) Verfahren bei individuellen Streitigkeiten	236
(2) Verfahren bei verbundenen Streitigkeiten	238
(3) Verfahren bei Verstößen gegen Verfahrensvorgaben	239
d) Effektivität der Supply Chain Initiative	241
aa) Sensibilisierung	242
bb) Verfahren bei Streitigkeiten	243
(1) Individuelle Streitigkeiten	243
(2) Verbundene Streitigkeiten	244
(3) Verstöße gegen Verfahrensvorgaben	246
cc) Sanktionsregime	247
e) Vorschläge zur Effektivierung der Supply Chain Initiative	250
aa) Erweiterung der Kompetenzen der Organe	251
bb) Zusammensetzung der Steuerungsgruppe	252
cc) Einführung eines Beitragsmodells	253

Inhaltsverzeichnis

dd) Stärkere Ausrichtung auf Landwirte	255
f) Ergebnis	257
III. Der britische Verhaltenskodex für die Lebensmittelversorgung	258
1. Entstehung	259
2. Struktur und Funktionsweise	260
3. Überwachung und Durchsetzung	262
4. Effektivität des britischen Verhaltenskodex für die Lebensmittelversorgung	263
a) Bindungswirkung	263
b) Verfahren bei Streitigkeiten	266
c) Durchsetzungsmechanismus	267
5. Fazit	268
IV. Der österreichische Fairnesskatalog für unternehmerisches Wohlverhalten	269
1. Wohlverhaltenswidrige Geschäftspraktiken	269
2. Auslegungsgrundsätze	270
3. Schwarze Liste wohlverhaltenswidriger Geschäftspraktiken	272
4. Bewertung und Fazit	272
D. Die Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette	274
I. Rechtsgrundlage	276
II. Regelungsgehalt	283
III. Kritische Würdigung der Richtlinie	288
1. Definition unlauterer Handelspraktiken	288
a) Maßstab der Unlauterkeit	289
b) Einseitiges Aufzwingen	293
c) Ergebnis	296
2. Durchsetzungsregime	300
3. Vereinbarkeit mit der Gewährleistung der Vertragsfreiheit	304
a) Vertragsfreiheit und Grundrechtecharta	304
b) Gewährleistungsgehalt der Vertragsfreiheit	310
c) Eingriff oder Grundrechtsausgestaltung	312
d) Rechtfertigung	317
aa) Prüfungsmaßstab und Kontrolldichte	317
(1) Wesensgehalt der Vertragsfreiheit	318

(2) Kontrolldichte im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit	324
bb) Wahrung des Wesensgehalts der Vertragsfreiheit	328
cc) Verhältnismäßigkeit	329
(1) Legitimer Zweck	329
(2) Geeignetheit	330
(3) Erforderlichkeit	331
(4) Angemessenheit	333
dd) Ergebnis	339
E. Fazit	339
Kapitel 4 - Schlussbetrachtung	343
A. Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse	343
B. Ausblick	345
I. Die GAP nach 2020 und das Recht der Erzeugerorganisationen	345
II. Umsetzung der UHP-Richtlinie in nationales Recht	347
III. Direktvermarktung in der Plattformökonomie	349
Quellenverzeichnis	353
Stichwortverzeichnis	383

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.F.	alte Fassung
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AgrarMSG	Agrarmarktstrukturgesetz
AgrarMSV	Agrarmarktstrukturverordnung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AUR	Agrar- und Umweltrecht
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
Bd.	Band
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
B2B	Business-to-Business
B2C	Business-to-Consumer
ders.	derselbe
dies.	dieselbe / dieselben
Diss.	Dissertation
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
ECLI	European Case Law Identifier
EG	Europäische Gemeinschaft
e.G.	eingetragene Genossenschaft
e.V.	eingetragener Verein

Abkürzungsverzeichnis

EGMO	Verordnung über die einheitliche Gemeinsame Marktorganisation 2007
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EL	Ergänzungslieferung
ELER / ELER-VO	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums / Verordnung über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
et al.	et alii - und andere
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Zeitschrift für Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f. / ff.	folgende
Fn.	Fußnote
GA	Generalanwalt
GAKG	Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union
gem.	gemäß
GenG	Genossenschaftsgesetz
GFP	Gemeinsame Fischereipolitik der Europäischen Union
GG	Grundgesetz
GMO / GMO-VO	Gemeinsame Marktorganisation 2013 / Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse
GMO-Fisch	Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur
GRCh	Grundrechtecharta
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Internationaler Teil

GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Habil.	Habilitation
Hrsg.	Herausgeber / Herausgeberin
i.d.S.	in diesem Sinne
i.E.	im Ergebnis / im Erscheinen
Inc.	Incorporated
InVeKoSV	Verordnung über die Durchführung von Stützungsregelungen und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems
i.R.d.	im Rahmen der / im Rahmen des
i.S.d.	im Sinne der / im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
lit.	litera - Buchstabe
JZ	Juristen Zeitung
Kap.	Kapitel
KOM	Kommission
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LFGB	Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch
Ltd.	Limited Company
MarktStrG	Gesetz zur Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Erfordernisse des Marktes (Marktstrukturgesetz)
MOG	Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisation und der Direktzahlungen (Marktorganisationsgesetz)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NGO	Non-governmental Organisation
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
OGErzeuger- OrgDV	Obst-Gemüse-Erzeugerorganisationendurchführungsverordnung
OLG	Oberlandesgericht
Order	The Groceries (Supply Chain Practices) Market Investigation Order 2009
RdA	Recht der Arbeit
RL	Richtlinie

Abkürzungsverzeichnis

Rn. / Rz.	Randnummer / Randziffer
Rpflger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs
s.o.	siehe oben
str.	streitig
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
sublit.	sublitera - Unterbuchstabe
u.	und
u.a.	unter anderem / und andere
UAbs.	Unterabsatz
UGP-RL	Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmern und Verbrauchern
UHP-RL	Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette
Urt.	Urteil
u.U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WüW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht